



# HESSISCHER LANDTAG

10. 04. 2019

INA

## Dringlicher Berichtsantrag

**Nancy Faeser (SPD), Tobias Eckert (SPD), Karin Hartmann (SPD),  
Günter Rudolph (SPD), Oliver Ulloth (SPD) und Fraktion**

### **Konsequenzen aus den Ermittlungen gegen hessische Polizeibeamtinnen und -beamte wegen rechtsextremer Gesinnung**

Der hessische Innenminister hat in seiner Rede im Plenum am 7. Februar 2019 einige allgemeine Maßnahmen angekündigt, um Vorsorge dafür zu treffen, dass sich die bekannten Vorfälle bei der hessischen Polizei, die die Sachverhalte des Extremismusvorwurfs betreffen, nicht wiederholen:

- Überprüfung der Verfahren zur IT-Sicherheit,
- Härtung der Schutzmechanismen für Datenabfragen in den polizeilichen Auskunftssystemen,
- anlassunabhängige Stichprobenkontrollen der behördlichen Datenschutzbeauftragten,
- Maßnahmenpaket zur Stärkung des demokratischen Verständnisses und der Resilienz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen Extremismus,
- fortwährende Sensibilisierung aller Behördenleitungen zum frühzeitigen Erkennen von fremdenfeindlichen, radikalen bzw. extremistischen Einstellungen,
- Erweiterung der Berichtspflichten im Disziplinarwesen im Zusammenhang mit Hinweisen auf fremdenfeindliche, radikale bzw. extremistische Haltungen oder Einstellungen,
- Durchführung einer wissenschaftlichen Studie,
- unabhängige Ombudsstelle für Probleme zwischen Bürgern und Sicherheitsbehörden.

Des Weiteren hat er in seiner Rede mitgeteilt, dass das Landeskriminalamt in einer besonderen Aufbauorganisation mit 60 erfahrenen Polizistinnen und Polizisten aus dem Landeskriminalamt und allen Präsidien unter Leitung der Staatsanwaltschaft wegen aufkommender Verdachtsfälle ermittelt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

#### A. Maßnahmenkatalog

1.
  - a) Welche Ergebnisse brachte die Überprüfung der Verfahren zur IT-Sicherheit?
  - b) Inwieweit wurden die Schutzmechanismen für Datenabfrage in den polizeilichen Auskunftssystemen „gehärtet“?
  - c) Wie beurteilt die Landesregierung das in Rheinland-Pfalz praktizierte Verfahren, bei dem eine Abfrage in den polizeilichen Auskunftssystemen nur möglich ist, wenn eine Vorgangsnummer eingegeben wird?
2. Welche genauen Maßnahmen sind zur Stärkung des demokratischen Verständnisses und der Resilienz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen Extremismus, beginnend in der Ausbildung bis hin zu den Führungskräften in der Polizei, vorgesehen?
3. Welche genauen Maßnahmen sollen ergriffen werden, um die Behördenleitungen der hessischen Polizei zum frühzeitigen Erkennen von fremdenfeindlichen, radikalen bzw. extremistischen Einstellungen zu sensibilisieren?
4. Was bedeutet es, wenn die Berichtspflichten im Disziplinarwesen im Zusammenhang mit Hinweisen auf fremdenfeindliche, radikale bzw. extremistische Haltungen oder Einstellung erweitert werden?

5. a) Welchen genauen Untersuchungsgegenstand soll die wissenschaftliche Studie, die das Ministerium des Innern und für Sport in Auftrag geben will, haben?  
b) Von wem soll die Studie durchgeführt werden?
6. Wann kann mit der Einrichtung der unabhängigen Ombudsstelle für Probleme zwischen Bürgern und Sicherheitsbehörden gerechnet werden?

B. Arbeit des Ermittlungsteams des Landeskriminalamts

7. Wegen welcher Verdachtsfälle ermittelt das 60-köpfige Team des Landeskriminalamts zum Zeitpunkt der Beantwortung der Frage?  
Wir bitten um Angabe
  - des Sachverhalts,
  - der Dienststelle der jeweils verdächtigen Polizeiangehörigen,
  - der vorgeworfenen Vergehen und Straftaten und
  - des Ergebnisses der Disziplinar- und Strafverfahren, falls diese zum Zeitpunkt der Beantwortung bereits abgeschlossen sind.
8. a) Wie ist die Arbeitsweise des Ermittlungsteams?  
b) Welche Disziplinar- und Strafverfahren gegen Polizeibeamtinnen und -beamte werden von dem Ermittlungsteam überprüft?  
c) Nach welcher Systematik arbeitet das Ermittlungsteam?  
d) Hat das Ermittlungsteam örtliche Schwerpunkte ausmachen können?  
e) Wie weit reicht die Prüfung der Verfahren in die Vergangenheit?

C. Allgemein

Wie viele Beschwerden gingen bei dem Landespolizeibeauftragten im Innenministerium zu rechtsextremen Verdachtsfällen innerhalb der Hessischen Polizei ein?

Wiesbaden, 9. April 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Günter Rudolph**

**Nancy Faeser**  
**Tobias Eckert**  
**Karin Hartmann**  
**Oliver Ulloth**